

INTERVIEW

„Wir müssen unsere Hilfe exportieren“

Der weißrussische Diktator Lukashenko schafft weiterhin Tausende Migranten an die Außengrenze der EU in Polen und dem Baltikum. Doch Polen wird von manchen EU-Mitgliedern kritisiert, weil es Grenzzäune errichtet. Eine Situation, die Ungarns Botschafter in Berlin nur zu gut kennt



VON MAX ROLAND

Tichys Einblick: *Ist die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze eine Art Déjà-vu für Sie?*

Péter Györkös: Na sicherlich, das gehört in die Kategorie Déjà-vu. Wir hatten ja vor sechseinhalb Jahren eine ganz ähnliche Situation. Und wie wir damals reagiert haben, wäre auch heute der beste Weg für Europa. Ich kann nur hoffen, dass unser Weg auch Schritt für Schritt Fuß fasst. Sonst drohen Europa interne Verwerfungen. Das führt dann dazu, dass man zwischen und innerhalb den Mitgliedsstaaten Destabilisierungen erleben muss, und die echte Stärke der Europäischen Union - der durch Schengen geschützte Binnenmarkt - gefährdet ist. Das heißt: Wenn irgendjemand Europa in Schwierigkeiten bringen will, muss er dieses Spiel weiterspielen. Darunter leiden sicherlich auch die Menschen, die dort missbraucht werden, aber das größte Opfer dieses Spiels ist Europa.

Also Sie sehen darin einen gezielten Versuch, den Binnenmarkt und den Schengenraum zu sprengen?

Absolut. Insofern sehe ich eine Eskalationsstufe. Ich gehe nicht davon aus, dass die Flüchtlinge, die Migranten selbst den Binnenmarkt, das Schengensystem sprengen wollen. Die wollen ein besseres Leben haben - aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben! Entschuldigung, wenn man das so hart ausspricht, aber das gibt es nicht. Aber was jetzt Lukaschenko spielt - vielleicht mit Unterstützung anderer internationaler Akteure - das ist schon insofern mehr politisiert. Das führt zu Binnen-grenzkontrollen, das führt zur inner-europäischen Spaltung, wie man am



Péter Györkös, Ungarns Botschafter

Umgang mit den Polen sehen kann. Das zeigt, wie man dadurch die EU schwächen kann.

Ungarn hat ja sehr früh Grenzzäune errichtet und wurde dafür ungeheuerlich beschimpft. Braucht man Zäune?

Es geht nicht anders. Der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat das einmal so formuliert: Politik beginnt mit der Betrachtung der Realität. Die Wirklichkeit zeigt, dass wir hunderte Millionen Menschen auf der Welt in Not haben. Seien es Bürgerkriege, seien es Klimakonsequenzen, sei es einfach nur der Wunsch nach einem besseren Leben. Für diese Menschen gibt es, bis jetzt wenigstens, ein glaubwürdiges Narrativ: „Du hast einen Platz in Europa“. Nicht mal in Europa, sondern nur in gewissen Mitgliedsstaaten.

Also in Deutschland.

Das haben jetzt Sie gesagt.

Wollen die nach Ungarn, Polen oder wollen die nach...

...sicherlich nicht. Die machen sich auf den Weg. Aber wenn sich so viele Menschen auf den Weg machten, wie in Not sind - wohin führt das? Vor einigen Wochen veröffentlichte zum Beispiel die Welthungerhilfe eine Statistik, nach

der 811 Millionen Menschen hungern. Jetzt kommt Äthiopien, Afghanistan. Man sollte davon ausgehen, dass diese Probleme der Welt nicht auf europäischem Boden gelöst werden können. Man muss diese Probleme deshalb auch nicht importieren, sondern unsere Hilfe exportieren. Das heißt: Man braucht Zäune, eine Festung, wie man es nennt. Das ist nicht anders als in einer Bank oder an einem Flughafen. Damit man vermeiden kann, dass Leute dort illegal reinkommen, braucht man Barrieren. Der zweite Schritt: Natürlich sollte man seine Nachbarn, seine Freunde nicht im Stich lassen. Deswegen muss man den Nachbarstaaten helfen, die unter Druck geraten sind. Drittens, was wir auch im deutschen Wahlkampf im Bezug auf Afghanistan gehört haben: Man muss vor Ort helfen. Das ist seit Jahren unsere These. Und viertens, man sah es am Flughafen Kabul: Man braucht militärische Fähigkeiten, mit denen man sichern kann, dass diese Hilfe auch ankommen kann. Leider scheitern wir schon an den ersten zwei Punkten: Einerseits keine Bereitschaft, die Realität zur Kenntnis zu nehmen, andererseits daran, dass man immer erst damit anfangen muss, jeden Zentimeter der EU-Außengrenze glaubwürdig zu schützen. Solange das so ist, wird es aus Nordafrika, aus der Türkei oder aus dem Osten solche Probleme geben.

Nun hat Ihr Ministerpräsident gesagt, er könne sich vorstellen, einen Korridor durch Ungarn zu ermöglichen - wer nach Deutschland will, soll nach Deutschland kommen.

Das ist nicht anders als in einer Bank. Wenn ein Land - und ich rede nicht nur über Deutschland - sagt: Wir brauchen oder wollen Migration, wegen welcher Gründe auch immer, dann müssen wir darüber reden, wie das funktioniert,

ohne dass es anderen Mitgliedsstaaten schadet.

Man hat Griechenland und andere Mittelmeeraanrainer früher gelobt und unterstützt, als es um den Schutz der Außengrenze ging. Im Vergleich mit Polen und Ungarn wirkt das, als würde in Brüssel mit zweierlei Maß gemessen. Warum?

(Lacht) Obwohl wir seit fast 18 Jahren vollständiges EU-Mitglied sind, gibt es sicherlich für manche immer noch Alt-Europäer und Neu-Europäer, auch in dieser Frage. Sie haben darauf hingewiesen, dass manche Mitgliedstaaten, die die gemeinsame Pflicht wahrnehmen als inhumane EU-Mitglieder kritisiert. Nur um klar zu sein: Wir haben auch ein Herz. Keiner sollte uns moralisch herausfordern. Denn ich sehe mich und mein Volk nicht in der moralischen Pflicht, wenn ich davon ausgehe, dass in Afrika und im Nahen Osten ja auch geholfen wird und geholfen werden kann. Mein Gewissen ist rein, und ich schlafe ruhig. Dass so eine Situation wie die aktuelle eher an den östlichen Außengrenzen passiert, liegt wahrscheinlich daran, dass manche denken, dass es leichter ist, neuere Mitglieder zu kritisieren. Aber nehmen Sie die Situation bei Calais. Wie kann irgendeine Person behaupten, dass die Menschen dort berechnete Asylbewerber sind? Entschuldigung - wenn man halb Kalkutta aufnimmt, wird man selbst zu Kalkutta. Wir sind aus meiner Sicht die besten Europäer, weil wir unsere europäischen Pflichten konsequent wahrnehmen.

Ist das eine Strategie, Sie so lange zu ärgern, bis die sagen: Es reicht uns jetzt?

Als wir der EU beigetreten sind, gab es das Versprechen des gemeinsamen Wohlstandes in gemeinsamer Sicherheit. Und wir stehen dazu. Das Problem ist, dass man einfach nicht zur Kenntnis nimmt, dass das auf geltenden EU-Verträgen und nicht auf nebeligen Erwartungen oder Pflichten beruht. Eine Einwanderungsgesellschaft zu werden, steht nicht im EU-Vertrag. ■

▶ VIDEO



Das Gespräch in Tichys Ausblick sehen Sie unter: www.tichyseinblick.de; Rubrik: Videos, oder scannen Sie direkt den QR-Code

Anzeige

Abonnieren und bestellen über
www.tumult-magazine.net

In den
Presseshops
der Bahnhöfe
und Flughäfen

112 Seiten
10 Euro (D),
10,50 Euro (A)
12 SFR (CH)



KONRAD ADAM • PETER J. BRENNER • EGON FLAIG
ARMIN GEUS • RABE HADBANK • KAREN M. JAHNS
ARNE KOLB • JONAS MEYNRATH • BAAL MÜLLER
MARTHA WINTERSTEIN • UWE WOLFF • MICHAEL
ZELLER ...

Herausgeber: FRANK BÖCKELMANN
beraten von PETER J. BRENNER und EGON FLAIG

Mehr Informationen unter: www.tumult-magazine.net